

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1.
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Bahlstellen-Anzeigen die
Sgepaltenen Kolonel-Zeile
50 J
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.
Druck von E. L. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover.
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernpreis-Anschluß 3002.

Vertrauen zur Organisation!

Mehr als zu einer andern Zeit ist es jetzt notwendig, daß die Kolleginnen und Kollegen Vertrauen zu ihrer Organisation haben. In Nr. 7 des „Proletariers“ mußte sich unser Verbandsvorstand gegen Beschlüsse einiger Bahlstellen wenden, die gegen Beschlüsse des außerordentlichen Verbandstages opponierten. Sind auch die bekämpften Beschlüsse des außerordentlichen Verbandstages auf Auflösung des Vorstandes gefragt, so bieten sie doch noch lange keinen Grund zu gehärrnischen Protesten. Dass im Falle der Auflösung einer Bahlstelle oder Uebertritt zu einer Vereinigung, die sich den Kampf gegen den Verband als Ziel gestellt hat, die zuletzt amtierenden Bevollmächtigten und Revisoren für eine glatte Abrechnung und Ueberführung aller Bestände an Geld und Sachwerten an den Verband verantwortlich sein müssen, ist eine Selbstverständlichkeit, gegen die vernünftig sein wollende Kollegen und Kolleginnen niemals anrennen werden.

Alle Bestände sind angekammelt für die Zwecke unsres Verbandes, und alle Sachwerte, die vom Verband geleistet oder von den Bahlstellen angekauft worden sind, sind zur Förderung der Zwecke unsres Verbandes angekauft worden, niemals aber bestand die Absicht, daß sie sich einzelne Personen aneignen, oder daß sie an Vereinigungen überführt werden sollen, die als Kampforganisationen gegen unsern Verband ins Leben gerufen sind. Es ist daher nicht nur berechtigt, sondern Pflicht, daß alle nur denkbaren Vorkehrungen getroffen werden, daß Mittel und Sachwerte, die zur Förderung und Erreichung der Verbandszwecke aufgebracht und beschafft worden sind, ausschließlich dafür sichergestellt werden. Selbst bei einem Uebertritt einer Bahlstelle zu einer Organisation, die die gleichen Zwecke verfolgt wie unser Verband, gehören die Vermögensobjekte unzweckhaft dem Fabrikarbeiterverbande, weil sie im Rahmen derselben und nach den Bestimmungen des Statuts beschafft und aufgebracht worden sind.

Doch dem Vorstande das Eigentumsrecht zugesprochen worden ist, soll doch keinesfalls besagen, daß sie persönliches Eigentum der als Vorstandsmitglieder amtierenden Kollegen werden. Diese sind dem Verbandstag als oberste Instanz unterstellt. Solange der Verbandstag nicht tagt, ist der Ausschuß gegenüber dem Vorstande Kontroll- und Aufsichtsinstanz, also Sachwalter des Verbandstages. Solange der Vorstand sich den Beschlüssen der Mehrheit des Verbandstages unterordnet, haben auch die Mitglieder, die als Minderheit dem Vorstand kein Vertrauen entgegenbringen, sich mit den Beschlüssen der Mehrheit des Verbandstages als zu Recht bestehend abzufinden. Die Mehrheit der Verbandsmitglieder hat durch ihre berufenen Vertreter auf dem Verbandstage zum Ausdruck gebracht, daß sie die Haltung des Vorstandes billigen und seine Maßnahmen und Entscheidungen als in ihrem Interesse liegend anerkennen. Wenn die Mitglieder in einigen Orten oder, richtiger ausgedrückt, ein Teil derselben dem Vorstande ihr Misstrauen zu bezeichnen für gut und nützlich befinden, so läßt das die Mehrheit so lange unberührt, als die Protestler die Beschlüsse der Mehrheit als für verbindlich betrachten. Sobald sie aber die Beschlüsse der Mehrheit mißachten, ist es Sache der Mehrheit, durch ihre Organe Remedie zu schaffen. Das ist in diesem Falle der Vorstand, nach ihm der Ausschuß und letzten Endes der Verbandstag.

Zu allerlett vertragen die Gewerkschaften die Anarchie in ihren Reihen. Mit dem Augenblick, wo jede einzelne Bahlstelle und in derselben wieder jedes einzelne Mitglied tun oder lassen will, was ihm beliebt, kann sich die gewerkschaftliche Organisation auflösen, oder richtiger, sie ist schon aufgelöst, denn es besteht kein erfolgreiches Wirken mehr. Soviel sollten auch die Bäter dieser Obstruktion einsehen, wenn ihnen die Absicht der Obstruktion nicht jeden klaren Gedanken genommen hat. Die Bäter der Revolutionen sollten sich auch einmal überlegen, daß sich ihre Tätigkeit letzten Endes gegen sie selbst fehren müßt. Eine Zeitslang werden die Mitglieder, die sich ohne tieferes Denken zu solchen Protesten gebrauchen lassen, mämmachen. Sobald sie aber merken, daß ihnen daraus Nachteil anstatt Vorteil erwächst, lassen sie ihre gesieerten Helden fallen und wenden sich nach einer andern Seite. Meistens fallen sie in das Lager der Unorganisierten zurück, vielfach werden sie aber auch zu direkten Gegnern der gewerkschaftlichen Organisation. Auf eins sei noch besonders verwiesen. Wir haben jetzt heimlich so viel neue Mitglieder, als der gewerkschaftlich durchgebildete Stamm beträgt. Wenn sich unter den Neugewonnenen manche befinden, die früher schon einmal gewerkschaftlich organisiert waren, so kann man auch diese noch nicht zu den gewerkschaftlich geschulten und durchgebildeten Mitgliedern rechnen, die unter allen Umständen und in jeder Lage an der gewerkschaftlichen Organisation festzuhalten bereit sind. Da ist es doppelt unvorsichtig, wenn sich Kollegen mit jahrelanger Erfahrung dazu hingeben, das Vertrauen zu den Verbandsinstanzen zu untergraben. Ob das gewollt oder ungewollt geschieht, spielt dabei eine untergeordnete Rolle.

Wir müssen jetzt alle Kräfte aufwenden, das Vertrauen zur Organisation und ihren Einrichtungen zu festigen. Dazu gehören auch die „Instanzen“; es ist daher außerordentlich bedeuerlich, daß sich Kollegen finden, die dem entgegenhandeln. Schwere Aufgaben gilt es zu lösen, wichtige Entscheidungen und Anordnungen werden noch oft erforderlich sein, die von den Instanzen — den zentralen wie auch den örtlichen — getroffen werden müssen, ohne daß es sich jedesmal ermöglichen lassen wird, Verbandstage oder Versammlungen abzuhalten; da ist es doppelt notwendig, daß die Mitglieder in die Hand zu nehmen. Anstatt der zunehmenden

Vertrauen zu diesen Instanzen haben. Dacher ist es mehr als leistungsfertig, wenn sich Kollegen, die selbst Instanzen angehören, dazu hergeben, das Vertrauen zu ihnen zu untergraben. Bei uns unterstehen alle Instanzen der Wahl. Ob örtliche oder zentrale Leitung, alle müssen sich so verhalten, daß sie das Vertrauen möglichst aller, mindestens aber der übergroßen Mehrheit sicher sind. Bei uns Gewerkschaften haben wir nicht nur das parlamentarische System, sondern damit ist vereinigt die weitestgehende Demokratie. Jeder kann im Rahmen des Verbandes seine Ansichten zum Ausdruck bringen; daher ist es nicht zu begreifen, wie man sich bemühen kann, gegen Beschlüsse anzutreten, die keinerlei Bedeutung haben, solange man dem Verband die Treue wahrt. Die Beschlüsse des Verbandstages sollen den Verband gegen Vertrauensbruch sichern, das ist ihr Zweck, Sinn und Inhalt. Damit ist jedes treue Verbandsmitglied nicht nur einverstanden, sondern verlangt ausdrücklich, daß das, soweit nur irgend angängig, geschieht. Alle Kolleginnen und Kollegen müssen sich in der gegenwärtigen Zeit mehr als je bewußt sein, daß Vertrauen zur Organisation und ihrer Leitung die Vorbedingungen erfolgreichen Wirkens sind. ihrer Leitung die Vorbedingung erfolgreichen Wirkens ist. Darum habe Vertrauen zur Organisation! Röhrer (Altenburg).

Wie werden wir unsre Staatschulden los?

II.

Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, der noch in verborgten Köpfen spukt, daß die arbeitende Bevölkerung keine Verantwortung habe, sich um die Verzinsung und Abzahlung der Staatschulden zu kümmern, das sei Sache jener Leute, die diese Schulden gemacht haben. Gerade das deutsche Proletariat hat alle Ursache, darüber nachzudenken, wie der Staat aus seiner Geldklemme, in die er durch den Krieg geraten ist, wieder herauskommt und tatkräftig mit Hand anzulegen, damit wieder normale Verhältnisse geschaffen werden. Würde es seine Hoffnung auf den Staatshaarkrott und den großen Plaudereratlich sezen und darum die Hände in den Schoß legen, so wäre die einfache Folge dieses törichten Verhaltens, daß die besitzenden Klassen die Aufgabe in ihrem Sonderinteresse lösen und alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anwenden würden, um die ins Niedergeschlagene öffentlichen Lasten auf die besitzlosen Massen abzuwälzen. Gleichzeitig wäre auch der Staat, falls er von den breiten Schichten des Volkes im Stiche gelassen würde, mit oder ohne seinen Willen gezwungen, sich den Bedingungen seiner Gläubiger zu unterwerfen, um sie in guter Laune zu erhalten. Das würde natürlich diesen Herren sehr gut in ihren Kram passen.

Eine vernünftige, gerechte Beisetzung unsres Staatschuldenwesens, das wie ein Alb auf unserem Volke lastet, ist ohne Zweifel notwendig. Sie ist aber auch möglich, wenn wir in den ernsten Willen haben und die richtig eingesetzten Mittel anwenden. Da muß denn zunächst gesagt werden, daß die ländlichen Vorläufe in dieser Richtung verfehlt sind. Wenn wir auf hohe Kriegsentzündungen rechnen und die Hoffnung hegen, mit ihnen die Staatschulden decken zu können, so werden wir sicherlich eine arge Enttäuschung erleben, weil es ganz ausgeschlossen erscheint, auch nur annähernd eine Summe hereinzuholen, die dazu ausreichen würde. Ebensoviel erscheint es möglich, unser staatliches Finanzwesen dadurch wieder gesund zu machen, daß wir den Kriegsgewinn einen Teil ihrer Deute wieder abnehmen und daß wir überhaupt den reichen und wohlhabenden Leuten einen beträchtlichen Prozentsatz ihres Vermögens durch Steuer abknöpfen. Diese Maxime, die auf den ersten Blick so bestechend wirkt, zeigt sich bei gründlicher Untersuchung als ein Zehngroschen. Sie würde einerseits in volkswirtschaftlicher Hinsicht außerordentlich schädlich wirken, weil dadurch unsere wirtschaftlichen Unternehmungen und letzten Endes unser gesamtes Wirtschaftsleben schwer benachteiligt und in ihrer Leistungsfähigkeit gehindert würden. Anderseits hat die Erfahrung gelehrt, daß die besitzenden Klassen es verstehen, sich in weitestem Maße den Steuerzetteln zu entziehen und die wirklich gezahlten Steuern auf die Schäflein der breiten Masse der Arbeiter und der Konsumanten abwälzen. Es bleibt uns also nichts andres übrig, als grundlegend vorgezugehen, in dem wir den Staat zum Träger eines Wirtschaftslebens machen, indem wir den kapitalistischen Staat in einen machtvollen Kapitalstaat umwandeln. Dies erscheint uns als der einzige Weg, den Staat aus der Schuldfruchtlosigkeit des Privatkapitals zu erlösen und ihm dadurch die Möglichkeit zu geben, alle seine sozialen und kulturellen Aufgaben zu erfüllen. Andernfalls würde nach wie vor unser Volk jahrlang in zwei feindlichen Heerlagern als Schuldner und Gläubiger gegenüberstehen, und der Staat müßte als Zwischenmeister und Steuerentzieher das Volk möglichst gründlich rupfen, um seine Erzeuger und seine Schuldner verzinsen zu können.

Wenn man den Staat selbständig und zu seinen hohen kulturellen und sozialpolitischen Aufgaben fähig machen will, so muß man dahin streben, daß der Staat nicht mehr als der größte Schuldner seines Landes dasteht, sondern daß er der wichtigste Kapitalist wird und dadurch die Möglichkeit gewinnt, in unserer Wirtschaftsleben in weitestem Umfang je selbst die Anstalt der zunehmenden

Konzentration des Kapitals in den Händen weniger Privatleute zugunsten und von dieser Kapitalconcentration, die mit der Expropriation (Enteignung) der Volksmassen parallel läuft, den Zusammenbruch von Staat und Gesellschaft und den Anbruch der sozialistischen Gesellschaft zu erwarten, ist es der Aufwärtsentwicklung und dem Gedanken unsres Volkes unzweckhaft zuwidrig, wenn das Großkapital in den Händen des Staates konzentriert wird, der dadurch nicht nur aus seiner Schuldfruchtlosigkeit befreit, sondern auch zu einem wirtschaftlichen Faktor ersten Ranges gemacht wird. Die Errichtung des alten bureaukratischen Klassestaates durch den modernen Wirtschafts- und Volksstaat ist das Ziel, das wir erreichen müssen. Die Grenzen der staatlichen Tätigkeit und Wirtschaftlichkeit müssen sehr viel weiter gesteckt werden, der Staat darf fernherin nicht mehr die Rolle des Nachtwächters spielen, der die Besitzenden in ihrem Eigentum schützt und die Besitzlosen im Schach hält, er muß vielmehr ein wirtschaftlicher Großbetrieb werden, der dem Volke gibt, was das Volke ist.

Die Notwendigkeit, diesen Weg einzuschlagen, kann heute kaum noch bestritten werden. Allerdings fehlt es nicht an Einwürfen gegen diese grundstürzende Maxime. Die besitzenden Klassen, die die Unabhängigkeit des Staates von ihren Kapitalien fürchten und den bisherigen Zustand erhalten wollen, behaupten, daß der Staat unfähig sei, wirtschaftliche Unternehmungen ergiebig zu betreiben. Sie verwehren eben den jetzigen Bureaukratenstaat, dessen Tätigkeit sich in Verwaltungs- und Steuerzetteln erschöpft, mit dem neu zu schaffenden Wirtschaftsstaat, der in seine neuen Aufgaben hineinwachsen wird. Die besitzenden Klassen, die den Staat nur als den Anwalt und Diener des Kapitals kennen und hassen gelernt haben, befürchten, die Stärkung der Staatsmacht werde sich gegen die Interessen des Proletariats richten, und der Staat werde noch mehr als bisher ein Hemmschuh des proletarischen Aufstiegs sein. Sie vergessen dabei, daß der neue Staat, der natürlich unter der demokratischen Kontrolle des Volkes stehen und mit sozialem Ideal gesalbt sein muß, in keiner Weise jenem früheren Staate gleichzusetzen ist, der als Schuldner des Kapitals kapitalistische Politik treiben mußte. Gerade der Krieg hat uns gelehrt, welcher ungemeinen Leistungen unser Staat unter den allerschwierigsten Verhältnissen fähig ist, er verdient also keineswegs das Misstrauen, das man ihm von vornherein entgegenbringt. Die Hauptfahne ist und bleibt eben der gute Wille.

Friede im Osten.

Am 3. März ist der Friedensvertrag zwischen Russland und den Mittelmächten in Brest-Litowsk unterzeichnet worden. Mit Rumänien ist ein sog. Vorfriede geschlossen, dem der endgültige Friedensschluß voransichtlich folgt sein wird, wenn dieses Blatt in die Hände der Mitglieder kommt. Somit ist an der ganzen Ostfront Friede. Nach 43 Monaten grauenhaften Ringens und Kämpfens, nachdem Hunderttausende junger, blühender Menschen leben vernichtet, ungezählte Dörfer und Städte verwest, unübersehbare Werte zerstört sind, versichern die Parteien in dem abgeschlossenen Friedensvertrag, daß sie in Zukunft „in Frieden und Freundschaft“ leben wollen.

Die Bevölter Russlands haben allerdings erklärt, daß sie in diesem Zusatz nur eine inhaltlose Phrase seien, daß sie überhaupt den Vertrag nur unterzeichneten, weil ihnen kein Ausweg bleibt. Russland ist mit seiner militärischen Kraft zu Ende und deshalb auf den Inhalt des Friedensvertrages ohne jeden Einfluß. Der Friede im Osten wird nicht vertraglich vereinbart, sondern vom Sieger dictiert. Der Vertrag ist nur die Form, die den Unterliegenden an die Bedingungen des Siegers binden soll. Der Friede mit Rumänien wird nicht anders sein. Es ist also im Osten der von großen Teilen des deutschen Volkes ersehnte Verständigungskrieg in sich zustandegekommen. Von Russland werden Gebietsteile abgetrennt, die etwa doppelt so groß sind wie das Deutsche Reich und in denen etwa 50 Millionen Menschen wohnen. In den abgetrennten Gebietsteilen befinden sich die für Russland lebenswichtigen Östereichäfen, die polnischen Industriegebiete, mehrere Kohlenbezirke und die fruchtbaren Ackerböden. Rumänien wird huben an Ungarn und drüber an Bulgarien wertvolle Landstriche abtreten und auch sonst sich zu allerlei Zugeständnissen bereit finden müssen. Es wird, ebenso wie Russland, müssen, denn nach der Machterziehung seines großen Nachbarn hat es keine Aussicht, sich gegen einen Ansturm der Mittelmächte halten zu können.

Wer den Verständigungskrieg nur befürwortet hat als ein Mittel, den Krieg schneller zu beenden, wird über diesen Ausgang im Osten nicht verrückt sein. Wer den Eroberungskrieg nicht grundsätzlich verwirkt, sondern nur auf ihn verzichtete, weil er unerreichbar schien, kann sich über die Entwicklung der Dinge sogar ausreichig freuen. Wer jedoch den Frieden der Verständigung vor allem deshalb erwartete, weil nur nach einem solchen Frieden das freundschaftliche Zusammenleben der Völker sich schnell wieder herstellen und dauernd erhalten läßt, kurz, wer in einem Verständigungskrieg die erste Bürgschaft für einen Daniederfrieden sieht, der wird den Kriegsausschluß im Osten nicht ohne ernste Sorgen betrachten können. Durch die Abtrennung der Randstaaten wird Russland in seiner wirtschaftlichen Lebens- und Entwicklungsfähigkeit erheblich bedroht, und es ist nicht anzunehmen, daß das immer nach großer Reich die Bedrohung mit Freundschaft quittieren

wird. Vielmehr wird es, wenn nicht alle geschichtlichen Erfahrungen trügen, seine Kräfte aufs äußerste anspannen, um die jetzt abgetrennten Gebiete wieder unter seinen Einfluß zu bringen. Deutschland wird das entgegengesetzte Bestreben haben und alle Maßnahmen treffen, um die abgetrennten Gebiete entweder unter die eigene Herrschaft zu bringen oder als Pufferstaaten zwischen sich und Russland zu erhalten. Auf jeden Fall ist dauernde Feindschaft zwischen Deutschland und Russland die Folge. Mit formalen Freundschaftsversicherungen im Friedensvertrage wird daran nichts geändert.

Der Einfluß einer Feindschaft zwischen Deutschland und Russland auf unsre innere und äußere Politik läßt sich vorläufig nur in seiner Richtung, aber noch nicht in seinem Ausmaß erkennen. Dieses hängt ab von der Entwicklung im Westen. Würde im Westen ein Friede geschlossen, der uns eine dauernde Freundschaft mit Frankreich ermöglicht, so verlöre die russische Feindschaft einen Teil ihrer Gefahr. Soweit sich übersehen lässt, wird jedoch auch im Westen ein Verständigungsfriede nicht geschlossen werden. Weder die Mittelmächte noch ihre Gegner zeigen den ernstlichen Willen, das entheilliche Ringen ohne Entscheidung zu beenden. Beide Seiten erhoffen den Sieg, tun alles, ihn herbeizuführen und werden gegebenenfalls alles tun, um ihn auszunützen. Deutschlands Regierung hat durch die Friedensbedingungen im Osten den Beweis geliefert, daß sie sich durch keinerlei staatsmännische Versicherungen oder parlamentarische Resolutionen gebunden fühlt, die Regierungen im gegnerischen Lager würden in ähnlicher Lage den gleichen Beweis nicht schuldig bleiben.

Daran ist nichts, was überraschen oder befremden könnte. Der Krieg ist eine Folge des kapitalistischen Ausdehnungsdranges und kann, sobald sein Ausgang entschieden wird, naturgemäß nur damit enden, daß der Sieger seinem Drange Genüge tut. Überraschen und befremden kann höchstens die Harmlosigkeit derjenigen Politiker hüben und drüben, die da meinten und versicherten, ihr Land führe einen reinen Verteidigungskrieg, hätte nicht das Gebeten, andre Länder zu erobern, andre Völker zu unterjochen. Nur solche Politiker stehen jetzt vor dem Frieden im Osten ungesäßt mit den Gefühlen jener Henne, der die ausgebrüteten Entlein munter davon schwimmen.

Es ist keine Frage, daß die Bedingungen des Friedens im Osten auch auf die gewerkschaftliche Tätigkeit zurückwirken. In welchem Maße, das wird sich allerdings erst zeigen, wenn über die staatsrechtliche Form wie über die völkerrechtliche Stellung der von Russland abgetrennten Randstaaten endgültig entschieden ist. Bleibt dabei die Industrie Polens Russland als Abnehmer, so hätten wir in Deutschland entweder mit der lohdrückenden Konkurrenz der russisch-polnischen Industrie auf dem Wirtschaftsmarkte oder mit der nicht anders wirkenden Konkurrenz der in Polen arbeitslos werdenden Industriearbeiter auf dem Arbeitsmarkt Deutschlands zu rechnen. Ob und mit welchem Erfolge unsere Industrie auch die Arbeiterschaft aus den rein ländlichen Gegenden des ehemaligen Russlands auf den deutschen Arbeitsmarkt bringen und wie zerstörend das die Befreiungen der Gewerkschaften beeinflussen würde, ist heute noch gar nicht zu entscheiden. Das hängt nicht zuletzt auch davon ab, ob es gelingt, auf dem Wege der Gesetzgebung Sicherungen gegen solche Versuche zu schaffen. Das wieder wird um so leichter sein, je größer der Einfluß der Arbeiterschaft in den Parlamenten, sei anderes auch im Preußischen Landtag; ist Womit nur angedeutet werden soll, daß die Beseitigung des Dreiklassenmeßrechts jetzt noch dringender erforderlich ist als je zuvor. Näher einzugehen auf die Zusammenhänge zwischen der Junkerherrschaft in Preußen und dem „Machtzumut“ im Osten ist hier nicht der Ort.

Alles in allem : Die Arbeiterschaft hat allen Anlaß zur Freude darüber, daß endlich an einer Front die Kriege endgültig beißt. Aber sie hat wenig Grund, einen Frieden zu loben, der jahrelange künftige Kriege in sich trügt wie der Friede im Osten.

Keramische Industrie

Friedensvorbereitungen in der Ziegelfabrik

In der Ziegelindustrie herrscht Einsamkeit darin, daß wir nach d. m. Krieg eine sehr r. g. Nachfrage nach Ziegelnissen alten Stils, vor allem nach Ziegelpfeilern, haben werden. Die private Wohnwirtschaft steht seit einigen Jahren fast ganz. Zum wachsenden Bedarf an Wohnungen steht kein erweiterbares Angebot s. gewußt. Wenn d. f. z. jetzt die Nachfrage aufgeht, andre werden g. aufgehalten werden müssen, können wir jedoch j. g. mit einer unerträglichen Wohngesetzgebung zu rechnen. Aber auch so wird die Nachfrage nach kleinen Wohnungen täglich höher. Schön hilft man sich in einzelnen Städten darin, daß für Seiler und Dachdecker die früher verfügbare Geschäftigung zum Abschluß der Wohngesetzgebung erreicht wird. Recken es die zahlreichen Kriegsgetrancnen aus dem K. I. die zurück, so wird vermutlich von einigen Städten auf Steinmehlungen einzehen, eine Wohngesetzgebung im übrigen Sinne des Wortes die Folge sein.

Es sind jedoch offenkundig Wände gesperrt worden, die formelle Abstimmungen zu verhindern. Bereits für diesen politischen Zweck sind geordnet worden, einerseits Verhandlungen haben stattgefunden, in zahlreichen Abstimmungen haben bestimmte und auch unbestimmte Zusammensetzungen alle die Abstimmungen erfordert, die mit der Abstimmung zusammenhängen. Dabei kommt erneut heraus, dass vor allem die Auffassung vom Durchbruch, dass die Bevölkerungsfrage ein sehr wichtiger Teil der allgemeinen Debatte ist und die Politik auf und bei den Bevölkerungsbereichen des Reiches die wichtigste ist, daher diese eigene Unabhängigkeit zu gewähren. Die politischen Entscheidungen müssen diese wichtige Kompetenzen haben, ohne Interferenz geben, aber am präzisenen Lösung führen sie zur Handlung benötigen. Solche Verhandlungen und Vereinbarungen sind enthalten in einer Einigung, die bei dem jetzigen Zeitpunkt für Abstimmungen und die freie Wahlmöglichkeit: Bereits eingetragen werden kann, dass es sich um eine Einigung im Bereich und Wirtschaft geht. Diese richtet sich entsprechend auf die Bevölkerung und die Bürgerrechte. Es befindet sich in der Einigung,

Wiederholende Takte an kleinen Städten bilden im Allgemeinen kein besonderes Problem nicht mehr vorkommen zu; andererseits kommt es aber vor Verlängerung von kleinen Städten bei Berücksichtigung der kleinen Städte mit einer größeren Bevölkerung nicht auszukommen, so kann eine Menge an Städten auf die gleiche Fläche 1919 der gleichen Bevölkerung konzentriert eine größere Zahl von Wohnungen

erst im Herbst 1919 auf den Markt gebracht werden. Die Folgen einer Verzögerung brauchen nicht nüher dargelegt zu werden; wirken geruht zu unabsehbar werden. Gegenwärtig arbeiten von den 10 000 verfügbaren Ziegeleien nur noch etwa 7 vom Wert, 93 vom Wert sind geschlossen, ungerechnet die 8000 kleinen kanalischen Ziegeleien, ebenfalls nicht mehr arbeiten. Die Verhältnisse werden dadurch ungünstiger, daß unter den wenigen noch im Gange befindlichen Ziegeleien eine grobete Anzahl Betriebsziegeleien sind, die nur für besondere Betriebe, nicht aber für den vollen Markt arbeiten. Nach alledem ist die dringende Forderung erhoben worden, unverzüglich die notwendigen Vorlehrungen zu treffen, um die Lieferung einer ausreichenden Menge von Ziegeln alsbald nach Friedensschluß zu sichern. Hier sei nur mit, daß notwendig sind:

Urlaub restlos genehmigt. Es wird jetzt sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen ein Urlaub von 2 bis 6 Tagen, je nach Dienstalter, unter Vorbehzug des Lohnes gewährt. Mit dieser Vereinbarung ist für die Arbeiterschaft in der Dachauer Papierfabrik ein sehr erfreulicher Erfolg erzielt; ist doch gerade der Urlaub eine Erzungenschaft, die für die Arbeiterschaft von höchstem Werte ist. Es darf aber auch — ohne in Lobhudelei zu versallen — gelagt werden, daß uns seitens der Generaldirektion ein großes soziales Verständnis entgegengebracht wurde. Werne, erklärte sie, gewahre sie ihren Arbeitern den gewünschten Urlaub, denn sie seien fleißig und willig, und die Direktion sei mit ihnen zufrieden. Es wirkt wirklich wohltuend, aus Arbeitgebermunde einmal zu hören, daß man mit den Arbeitern zufrieden ist und dies nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten bezeugt.

Möge das Vorstehende für die der Organisation noch fernstehenden Papierarbeiter eine Mahnung sein, denn sie ersehen daraus, daß so mancher Unternehmer sehr wohl mit sich reden läßt, wenn er sieht, daß er eine geschlossene Arbeiterschaft vor sich hat. Ad. Weber.

W. Weber.

Verschiedene Industrien

Die Arbeitskleidung in der Zuckerindustrie.

In Nr. 49 des „Proletariers“ berichteten wir darüber, daß die Kriegsrohstoffabteilung die allgemeine Beschagnahme abfallender Stoffe auf „sämtliche vorhandenen und noch weiter anstehenden Lumpen aller Arten und neuen Stoffabfälle“ ausschließlich auf die Zuckerfabriken ausdehnte. Tatsächlich galt die Beschagnahme, weil allgemein, auch schon vorher für diese Fabriken, jedoch wurde sie nicht beachtet, weil die in Zuckerfabriken abfallenden Stoffe, wie gebrauchte bzw. nicht mehr brauchbare Säcke und Filtertücher von jher von den Arbeitern zum Schutze ihrer Kleidung bzw. ihres Körpers verwandt wurden und für diesen Zweck heute mehr als je früher notwendig sind. Nach der erwähnten Verfügung sollten nun alle diese Abfälle gemeinsam unter der Kriegsrohstoffabteilung zur Verfüzung gestellt werden. Ausdrücklich wurde bestimmt, daß alte Säcke, gebrauchte Filtertücher und dergleichen unter die Bekanntmachung fallen.

Die Verwendung der angeführten Abfälle als Arbeitskleidung sollte nur noch erfolgen dürfen, wenn dafür ein Freigabeberechtigter in der Kriegsrohstoffabteilung erteilt worden ist. Um solchen Schein sollten die Betriebe schriftlich einkommen.

Diese Verfügung würde, streng durchgeführt, der Arbeiterschaft die Benutzung der Abfälle fast überall unmöglich machen. Es würden sich vielleicht einige wenige Unternehmer finden, die einen Freigabeschein beantragen würden, jedoch würden das bestimmt nur wenige sein, und — diese wenigen würde man wahr-scheinlich abweichen mit dem Hinweis darauf, daß die Mehrheit der Betriebe sich nicht röhrt, also die Entbehrlichkeit der Abfälle still-schweigend anerkennt.

Unersiebenswerterweise erklärte sich die Kriegsrohstoffabteilung auf Grund der Darlegung im „Proclavier“ bereit, mit dem Verbande über die angeordnete Verfügung Rücksprache zu nehmen. Eine solche Besprechung fand statt und hatte den Erfolg, daß der Vertreter der erwähnten Abteilung anerkannte, daß die Beziehungen in den Zufersjävrisen besonders eigenartig liegen und einer gewissen Rücksichtnahme bedürfen. Sowar wurde die allgemeine Ausnahme der für Arbeitskleidung erforderlichen Abfälle von der Beispiagnahme nicht zugesagt, wohl aber, daß einem von der Unternehmervereinigung geschickten und begründeten Antrage auf Freigabe der für Arbeitskleidung unbedingt erforderlichen Säcke und Filtertücher Rechnung getragen werden könne. Die spezielle Freigabechein für jedes einzelne Unternehmen würde dann überflüssig werden.

Der Vorstand unseres Verbandes hat sich darauf mit dem
Verein der deutschen Zuckerindustrie in Verb.
nung gestellt und diesen erachtet einen entsprechenden Antrag bei
der Kriegsrohstoffabteilung zu stellen. Darauf ist die Rüteitung
eingegangen, daß das schon gejohgt ist. Die Entscheidung
über den Antrag ist noch nicht gefallen. Es ist aber zu
hoffen, daß sich die Kriegsrohstoffabteilung den Grünen, die für
die Verwertung der abfallenden Säfte und Zucker zu
arbeitsförderung geltend gemacht werden können, nicht entziehen
wird. Es liegt ja tatsächlich so, daß die Entziehung dieser Abfälle
nicht nur keine Ersparnis, sondern eine Verlustwendung
ist. Es ist offen darstellen, sogar unter Umständen die
Verarbeitung in den Betrieben direkt gefährden würde, weil die
Arbeitsfähigkeit heute einfach gar nicht die Möglichkeit hat,
sich Arbeitsförderung zu beschaffen, die für die Arbeit in
Zuckerfabriken geeignet wäre. Schon in der versloppenen Kam-
pagne waren die Fragen über Mangel an auch nur halbwägs ge-
eigneter Arbeitsförderung zahlreich, im kommenden Winter werden
sie auch dann noch zunehmen, wenn die Abfälle für diesen Zweck
verwendet werden; gleichzeitig das aber nicht, so könnten sich daraus
unfälle eintragen, die durchaus nicht erfreulich sind. Wir
sagen deshalb, daß die Kriegsrohstoffabteilung nach eingehender
Prüfung der Verhältnisse von ihrer Maßnahme zurückkommen
soll.

Die gefährliche Transmission.

In der Nacht vom Montag zum Dienstag hat sich in der Zeiger
Arbeitsabteil wiederum ein bedauerlicher Unglücksfall ereignet. Der um
Lebensjahre stehende Arbeiter Dauer wurde von der Transmition
angt, meinte Blute herumgeschleudert, so daß der Tod sofort eintrat.
Es nach längerem Bemühen gelang es, den Verunglückten aus seiner
Ge zu befreien. Er war der alleinige Ernährer seiner Brauer. — Seit
in jüter Vergangenheit ist dies, der zweite tödliche Unglücksfall, der in diesem
Jahre vorkommt. Man muß doch die Frage aufwerfen: Waren denn
Schwachvorrichtungen in Ordnung?

Explosion und Brand

Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich am Dienstag, dem 5. März, gegen 8 Uhr, in der Montanwachsfabrik von Gouhef, Hermann & Co in Neuenh. Theissen. Durch Explosion eines Benzolbehälters wurde die ganze Fabrik auseinandergerissen und stand im Flu in hellen Flammen. Beider sind dabei wiederum einige Menschenleben zu beklagen. Die Arbeiter Hesselbach und Seissert aus Theissen sind tödlich verbrannt. Der erstere war so schwer verbrannt, daß er in seinem Inneren noch bis in die in der Nähe der Fabrik liegenden Torfmuppen lag, wo er nach wenigen Augenblicken verstorben ist. Seissert konnte aufgegrund der zusammengebrochenen Betriebsseinrichtung noch nicht geborgen werden. Außerdem sind noch ein Teil Arbeiter sowie eine Arbeitserin schwer verbrannt und verletzt. Dieselben wurden nach Anlegung des Verbandes, soweit nötig, mittels Krankenwagen dem städtischen Krankenhaus in Zeitz gebracht. Die Fabrik ist vollständig ausgebrannt und steht einem Erdbauwerksschaden.

Gau Thüringen

(Jahresbericht für 1917).

Gegenüber all den Bewegungen an materiellen und geistigen Kulturwerken konnte unser Schaffen auch im Jahre 1917 eine nur zum Teil ausreichende Wirkung zeugen. „Eros“ „Burgfrieden“ bedeutet zwischen Kapital und Arbeit vor wie nach der großen Interessengegenseitigkeit. Daraum ist Kampf zwischen beiden Elementen die Parole. Um diesen Kampf siegreich bestehen zu können, brauchen wir eine große, enge und gut ausgerichtete Organisation. Von diesem Verpflichten ließen wir uns bei unserem Wirken leiten. Bei Prüfung von Tätigkeit und Ergebnis sind die Kriegsverhältnisse als Maßstab anzusehen.

Die sozialen Zustände rast fast vollständig, die Gummi-Industrie ist infolge Materialmangels bedeutend eingetränkt, dieselben Gründen führen in der Spielwaren-Industrie zu umfangreichen Betriebsunterbrechungen. In der Papier-Industrie werden mehr Kriegsgefangene und Zivillisten beschäftigt, in den für Heeresdienst schaffenden wichtigen Zweigen der chemischen Industrie und der Papier-Industrie sind die jugendlichen und weiblichen Arbeitskräfte vorher verschwunden. Wenn wir trotz der manövrierten Schwierigkeiten auf ein besseres Ergebnis als im Vorjahr hoffen könnten, so haben die Leitung und der Mangel an Lebensmitteln sowie das unsocialistische Verhalten der meisten Arbeitgeber dazu beigetragen, daß die Arbeiter und Arbeitnehmer vom Werke der Organisation mehr als bisher zu überzeugen waren. Immerhin glaubt noch ein Teil der Arbeiterschaft durch gelegentliches Schimpfen statt durch die Aneinandernahme an der Vereinigung keine Lage zu verbessern. Auch diese Kleingläubigen wird das Herz des Gutes noch zum Anschluß an den Verbund zwingen.

Durch das Gehalt geeigneter Mitglieder wird die Verwaltungsarbeit in den Zahlstellen erschwert. Frauen erlegen in vielen Fällen unter früheren bewährten Funktionären. Wenn einige die Kriegswirkungen an die Gewerkschaften im Bilde der Zeit geschrieben werden, wird man der Arbeit der Kolleginnen ehren geboten. Der Agitation wurde leider nicht in allen Zahlstellen die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet. An einigen Orten ist uns durch die Stützung der Vertriebe das Werkfeld entzogen. Wo noch Ausbreitungsmöglichkeiten vorhanden sind, müssen im neuen Berichtsjahr mit jedem Willen zur Zeit ans Werk gegangen werden.

Die Zahl der Eintritte beträgt 1889 (1916 207, 1916 681), also mehr als doppelt soviel, als in den beiden Vorjahren. In 11 Zahlstellen wurden keine, in 9 Zahlstellen weniger als 10 Aufnahmen gemacht. Auf die Zahlstellen Altenburg, Blankenberg, Eisenberg, Sonneberg und Zeitz entfielen allein 1471 Aufnahmen. Hervorragend erscheinen beim nächsten Jahresabschluß mehr Zahlstellen im „Kreis der Freien“. Den Aufnahmen stehen leider 712 Austritte entgegen (1916 1178, 1916 352). Die Fluktuation ist zu groß; darum ist neben der Gewinnung neuer Mitglieder der Erhaltung der gewonnenen mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Betriebsvertreteraussteile, Wahlkommissionen und vor allem pünktliches Kassieren der Beiträge seien erneut in Erinnerung gebracht.

Zum Heeresdienst eingezogen wurden 285 Mitglieder, vom Militär zurück meldeten sich 312 Mitglieder. Da allgemein beobachtet wurde, daß sich die vom Militär entlassenen Kollegen nicht alle in der gegebenen Frist wieder anmelden, so müssen die Verwaltungen auch nach dieser Seite ihr Augenmerk lenken. Insgesamt wurden während des Krieges 5294 Kollegen zum Heeresdienst eingezogen; als vom Militär entlassen meldeten sich 550 Mitglieder wieder an, so daß hier noch 4744 Mitglieder Kriegsdienst leisten. Sehr viele von ihnen leben leider nie in die Heimat zurück; sie sind aus den verschiedensten Kriegsschlägen ein frisches Grab. Ehre ihrem Gedächtnis! Der Mitgliedertod hat sich dem Vorjahr gegenüber um 1133 vermehrt. 1916 hatten wir 367 Mitglieder, 1917 4750. Während 1914, 1915 und 1916 die Zahl der Mitglieder zurückging, können wir jetzt erstaunlicherweise wieder eine Zunahme buchen. Unser ganzes Bestreben muß sein, im Jahre 1918 noch ein weit besseres Ergebnis zu erzielen. Die Beitragsleistung hat sich auch etwas verbessert. Es wurden 205 428 Beitragsmarken umgesetzt. Die durchschnittliche Mitgliederzahl ist 4108, so daß auf das Mitglied pro Jahr 50 Beiträge entfallen (1914 46,77, 1915 43,37 und 1916 49,03). Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 98 175,95 Mt. An Unterstützungen wurden gezahlt:

Erwerbslosenunterstützung	39 233,10 Mt.
Arbeitslosenunterstützung	100,—
Umgangsgeld	424,25
Sterbegeld	8 735,—
An die Kriegerfrauen	3 850,99
zusammen	
	52 343,34 Mt.

In bar wurden der Hauptkasse 20 121,43 Mt. gesandt. In den Zahlstellen wurden 15 303,55 Mt. zurückbehalten, davon zur Auszahlung der Weihnachtshilfe an die Frauen der eingezogenen Kollegen 9064,87 Mt., so daß als Schulden der Volksklassen 6 238,48 Mt. verbleiben. Die Bedände der Volksklassen sind 18 634,62 Mt.

Obwohl dem Versammlungsrecht Schwierigkeiten im Wege stehen, muß ernstlich versucht werden, wosozial überall regelmäßige Mitgliedervergammungen abzuhalten, denn hieran mangelt es fast in allen Zahlstellen. Da der Gauleiter, Kollege Schneider, auch im verlorenen Jahre Kriegsdienst leisten mußte, wurden die Geschäfte wieder in Beratung gebracht. Die Augenmerksamkeit wurde durch die südlichen Verkehrsverhältnisse gehemmt, beeinflußt. Im schriftlichen Bericht waren 674 Eingänge und 979 Ausgänge zu verzeichnen. In einer Zahlstellenleiter-Konferenz wurde zum Kriegsdienstrecht und zur Agitation Stellung genommen. Vom Vorstand war Kollege Brey anwesend. Die Delegiertenwahlen zum Verbandsstag nutzten in einigen Zahlstellen vorbereitet und durchgeführt werden. Ferner machte sich die Teilnahme an einigen Konferenzen, die sich mir der Änderung des Kriegsgeges beschäftigten, notwendig.

Neben dem Kurs- und Aufbau des Verbandes galt es, den Mitgliedern bessere Wohn- und Arbeitsbedingungen zu erwirken.

Die große Leitung und der Mangel an Lebensmitteln hat die Lage der Arbeiterschaft derart verschärft, daß Unterernährung die unvermeidliche Folge ist. Dort, wo die Vorbedingungen gegeben waren, mußte verzicht werden. Vorratslager zu erreichen.

Im Gau wurden 23 Bewegungen in 22 Betrieben mit 1702 männlichen und 2174 weiblichen, zusammen 3876 Befähigten und 3430 Befähigten geführt. Von den Befähigten waren 1612, gleich 47,13 Prozent organisiert. Erreicht wurde für 2585 Personen ein Mehrertrag von 9442 Mt. und für 230 Befähigte eine Arbeitszeitverkürzung von 17 Stunden pro Woche. In zwei Fällen mußte der Schlafraumausgleich angeordnet werden, in dem dann im Vergleichsvergleich ein Eingang erzielt wurde. Im übrigen wurde teils mit der Organisationsleitung, teils mit den Arbeiterausschüssen verhandelt. Zur Arbeitseinstellung kam es nirgends. Auf die verschiedenen Industriezweige verteilen sich die Bewegungen wie folgt: Chemische Industrie 5, Keram.-Industrie 6, Papier-Industrie 3, Lebensmittel-Industrie 3, Spielwaren- und Haushalts-Industrie 2. Die Betriebe waren im Gebiete der Zahlstellen Altenburg, Arnstadt, Blankenberg, Eisenberg, Eisenach, Sonneberg und Zeitz gelegen.

Es gilt im neuen Jahre, überall die Vorbedingungen zu machen zu weiteren, erfolgreichem Wirken. Deshalb rufen wir allen Mitgliedern zu: „Geht ungezähmt ans Werk! Agitation immer und in allen uns zuverlässigen Betrieben sei die Parole!“

R. Gutjahr.

Jahresbericht des Gaus 6 (Schlesien).

Im Jahre 1917 ist erstaunlicherweise die Verbandsentwicklung eine bessere geworden; die in den ersten Kriegsjahren geradezu außallende Ruhe ist in fast allen Zahlstellen einer regenartigen Tätigkeit für den Verband gewichen. Die etwas regen Tätigkeit ist wohl in der Hauptkasse darum zurückzuführen, daß die Leitung verhältnisse die Kollegen aus ihrer Herstellung herausbrachte, daß man bemüht war, durch die Organisation bessere Verdienste zu erzielen. Erfreulicherweise ist auch eine nennenswerte Zunahme von Mitgliedern erfolgt. Wenn jedoch im Vergleich gesehen wird die Zahl der durch die Bewegungen erfassten Personen, die an dem erzielten Mehrertrag mit beteiligt sind, so ist die Zahl der Neuantrahmen noch viel zu gering.

Die im Vorjahr gerügte Lücke bezüglich Versammlungsbedarfs war auch im Berichtsjahr noch vorhanden. Hoffentlich tragen diese Zahlen mit dazu bei, daß alle die, die da glauben, ohne sie geht es schon einmal, und vor allen Dingen diejenigen, die da immer allerlei Gründe anführen, die einen Besuch der Versammlung nicht ermöglichen, sich in Zukunft eines Besseren besinnen. Es war uns jedoch an und für sich schwer, überhaupt Versammlungen abzuhalten infolge der verschärften Verhältnisse, die im 6. sowie im 5. Armee-Korps in bezug auf das Vereinsrecht erlassen wurden.

Organisation

Ist hundertsaches, tausendsaches Leben: sie ist dein Ich, deine Seele, deine Gedanken, dein Wünschen und Hoffen, deine Gegenwart und deine Zukunft; sie ist der Stab, auf den du dich stüttest und stützen mußt, wenn du deine Wegstrecke, die man Leben nennt, erfolgreich wandeln willst; sie ist dein gesellschaftliches Sittenzeugnis, dein Charakter; sie drückt deine Fähigkeiten aus, einem andern die Treue zu halten; sie hebt dich über den Egoismus des Tieres hinaus und macht dich zu einem solidaren Wesen innerhalb des Menschengeschlechts, sie lädt dich das Haupt stolzer tragen; sie verleiht dem Sternen und Gedrücktesten inneren Wert; sie ist die Schatzkammer des ringenden, strebenden und kämpfenden Mannes; sie ist ein Stück seiner selbst. So wird die Organisation zum eigenen Leben, zum besseren Ich, zur Erziehungsstätte des Menschen und zum Lenker und Leiter seiner Rechte und Pflichten als Mensch und Arbeiter. Die Organisation gilt für jeden als Großmeister rückhaltloser Einigkeit, unzertrennlicher Zusammengehörigkeit und gegenseitiger Treue und Hilfe.

Jede Versammlung muß acht Tage vor Stattdaten gemeldet werden, Einladungen, gleichviel welcher Art, dürfen vor der erzielten Genehmigung nicht ergehen; also Beschränkungen, die das Versammlungsrecht ohnehin schon schwierig gestalteten. Eine ganz natürliche Folge war, daß Vertriebsveranstaltungen ebenfalls wenig abgehalten werden konnten, die sich zur Vorbesprechung bei Wohnförderungen und während dieser durchaus nötig machen. Da aber nicht über Wohnförderungen, nicht über das Pflichtenrecht, wie in den Genehmigungen zu den Versammlungen immer bestimmt wurde, geredet werden durfte, erforderten sich legale Endes manche dieser Versammlungen überhaupt. Doch, wie schon bemerkt, sind Neuantrahmen in ansehnlicher Zahl erfolgt, und dies in der Hauptkasse mit durch die Agitation von Mund zu Mund. Es haben 17 Zahlstellen Zunahmen zu verzeichnen; Breslau und Hirschberg haben sehr gute Fortschritte gemacht, drei Zahlstellen haben ihren Stand behalten und neun weisen einen Rückgang auf. Wenn auch insgesamt die Verlustzahl nicht hoch ist, so immerhin bedauerlich.

Die Mitgliederbewegung gestaltete sich wie folgt: Es fanden 2722 Mitglieder neu den Verband bei; zugereist sind 26, vom Militär entlassen 215 und von anderen Organisationen übergetreten 35 Mitglieder. Das ist ein Gesamtzugang von 2998 Mitgliedern. Dem steht folgender Abgang gegenüber: ausgetreten 675, abgereist 173, zum Militär 246 und übertritte zu anderen Verbänden 14, insgesamt 1008 Mitglieder. Am Berichtsjahr 1916 betrug die Mitgliederzahl 2948 und am Ende des Berichtsjahrs 1918, mithin eine Zunahme von 1990 Mitgliedern. Seit Beginn des Krieges sind 5140 Kollegen zum Heeresdienst eingezogen, von denen bis zum Jahresende 1917 entlassen sind, so daß der Gau (die im Heeresdienst eingesetzten) einen Mitgliederbestand von 9587 aufweist. Am Schluß des zweiten Quartals 1914 hatten wir 9407 Mitglieder, somit hatten wir Ende 1917 mehr Mitglieder als vor dem Kriegsausbruch.

Die Einnahmen für die Hauptkasse aus Beiträgen und Unterstützungen ergaben die Summe von 72 429,65 Mt. Die Ausgaben für Unterstützungen betrugen 44 293,40 Mt. Es wurden gezahlt: an erwerbslose Kollegen 30 070,40 Mt., an Gemahlsgebel 168 Mt., als Vertreterunterstützung 302 Mt., Umgangsgeld 340 Mt., Sterbegeld 415 Mt. und an die Kriegerfrauen als Weihnachtsgabe 8898 Mt. Beiträge in Marke wurden 194 466 Stück verlaufen. Der Durchschnitt pro Mitglied ist 49,2.

Das Kapitel Lohn bemügt nimmt, wie schon gesagt, im Berichtsjahr einen breiteren Raum ein, was ja auch ganz erklärt ist, denn die Leitung verhältnisse haben sich bedeutend zu ungünstigeren der Arbeiterschaft entwidmet. Es soll zugegeben werden, daß hier und da einige Unternehmer es für ihre Firma schaffen, ohne daß sie von der Arbeiterschaft angegangen werden, ihren Arbeitern Lohnanpassungen zu gewähren. Jedoch dieses entgegenkommende Verhalten war nur bei wenigen zu finden. Im Hirschberger Bezirk, wo die Papier- und Zellstoff-Industrie ja weit ausgebaut hat, hat es zum Teil recht schwer gehalten, Lohnanpassungen zu erzielen. Die Firma „Weltende“ war wohl die einzige, die ihrer Arbeiterschaft nennenswerte Lohnzulagen zahlte. Andere Firmen hielten sich sehr reserviert, einzelne lehnten es überhaupt ab, mit irgend jemand über Lohnfrage zu verhandeln, und waren sie noch so bestrebt, zu reden. Der Direktor der „Lüneburger Zellstofffabrik“ war wohl die einzige, die ihrer Arbeiterschaft nennenswerte Lohnzulagen zahlte. Andere Firmen hielten sich sehr reserviert, einzelne lehnten es überhaupt ab, mit irgend jemand über Lohnfrage zu verhandeln, und waren sie noch so bestrebt, zu reden. Der Direktor der „Lüneburger Zellstofffabrik“ war wohl die einzige, die ihrer Arbeiterschaft nennenswerte Lohnzulagen zahlte. Und die beiden Kinder seien auch bald nach der Geburt gestorben. Und die Arbeiterschaften heute in der gesamten Industrie zu finden sind, unter welchen Verhältnissen sie beschäftigt werden und wie die Arbeit auf den Körper wirkt. Besonders in der Saigerindustrie sieht es danach in dieser Beziehung böse aus. So hat eine Statistik ergeben, daß von 100 schwangeren Frauen und Mädchen nur zwei lebende Kinder geboren haben, und diese beiden Kinder seien auch bald nach der Geburt gestorben. Und die Arbeiterschaften, die sich zu ziehen, werden alle erdenklichen Mittel angewandt, z. B. wird Obst gekauft, zu Marmelade verarbeitet und an die Mitglieder zu billigen Preisen verkauft. Auch Kohlen werden beschafft. In andern Orten sind Spinnstuben eingerichtet. Es werden Kurse abgehalten in Platten, Kochen, Nähen usw., auch Vergnügungen und sonstige Veranstaltungen werden gezeigt. Einmal sei Ihnen ihr Heim gefüllt worden; da sie weder Obdach noch Geld hatten, hätten sie sich an Freunde gerichtet, die ihnen nicht nur Kleidungsstücke und Geld zur Verfügung stellten, sondern auch noch Mobiliar. Hier in Jæhoe sollte heute ein Evangelischer Frauenverein gegründet werden; doch schienen die Frauen und Mädchen wenig Verständnis dafür zu haben. Schuld daran seien jedenfalls die etwas reichlich geöffneten Veranstaltungen, wie Kino, Konzerte und Unterhaltungsabende. Die Damen möchten also solche Veranstaltungen verhindern, damit sie ihr Ziel erreichen können. Bedenkt, daß es später wieder zurück und mehr Damasken getrieben werden. Es sollen Sinterklaas gegeben, große öffentliche Plakate angebracht, Flughäfen usw. verteilt werden. Die Mittel hierfür könnten jedoch nicht aus den Beiträgen der Mitglieder bestritten werden; in dieser Beziehung müßte man sich an die Arbeitgeber wenden, denn — die sehen es gern, daß ein Evangelischer Frauenverein gegründet wird. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 7000. Es mügten doch mehr sein, wenn jede Gruppe 13 Vorstandsdamen und mehr besteht. Die Bereitung der Agitation möglicherweise hauptsächlich durch die Mitglieder in den Betrieben von Mund zu Mund gehen werden, und da fehlt es an geeigneten Kräften. Dazu kommt, daß die Agitatoren des Vereins sehr hoch und Sport über sich ergehen lassen müssen. Die katholischen und sozialdemokratischen Gewerkschaften sind in dieser Beziehung bedeutend besser gestellt; dieselben verfügen über die nötigen geschulten Kräfte in und außer den Betrieben, doch sollte verzweigt werden, diejenigen, die sich in der Beziehung möglicherweise man sich an die Arbeitgeber wenden, denn — die sehen es gern, daß ein Evangelischer Frauenverein gegründet wird. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 7000. Es mügten doch mehr sein, wenn jede Gruppe 13 Vorstandsdamen und mehr besteht. Die Bereitung der Agitation möglicherweise hauptsächlich durch die Mitglieder in den Betrieben von Mund zu Mund gehen werden, und da fehlt es an geeigneten Kräften. Dazu kommt, daß die Agitatoren des Vereins sehr hoch und Sport über sich ergehen lassen müssen. Die katholischen und sozialdemokratischen Gewerkschaften sind in dieser Beziehung bedeutend besser gestellt; dieselben verfügen über die nötigen geschulten Kräfte in und außer den Betrieben, doch sollte verzweigt werden, diejenigen, die sich in der Beziehung möglicherweise man sich an die Arbeitgeber wenden, denn — die sehen es gern, daß ein Evangelischer Frauenverein gegründet wird. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 7000. Es mügten doch mehr sein, wenn jede Gruppe 13 Vorstandsdamen und mehr besteht. Die Bereitung der Agitation möglicherweise hauptsächlich durch die Mitglieder in den Betrieben von Mund zu Mund gehen werden, und da fehlt es an geeigneten Kräften. Dazu kommt, daß die Agitatoren des Vereins sehr hoch und Sport über sich ergehen lassen müssen. Die katholischen und sozialdemokratischen Gewerkschaften sind in dieser Beziehung bedeutend besser gestellt; dieselben verfügen über die nötigen geschulten Kräfte in und außer den Betrieben, doch sollte verzweigt werden, diejenigen, die sich in der Beziehung möglicherweise man sich an die Arbeitgeber wenden, denn — die sehen es gern, daß ein Evangelischer Frauenverein gegründet wird. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 7000. Es mügten doch mehr sein, wenn jede Gruppe 13 Vorstandsdamen und mehr besteht. Die Bereitung der Agitation möglicherweise hauptsächlich durch die Mitglieder in den Betrieben von Mund zu Mund gehen werden, und da fehlt es an geeigneten Kräften. Dazu kommt, daß die Agitatoren des Vereins sehr hoch und Sport über sich ergehen lassen müssen. Die katholischen und sozialdemokratischen Gewerkschaften sind in dieser Beziehung bedeutend besser gestellt; dieselben verfügen über die nötigen geschulten Kräfte in und außer den Betrieben, doch sollte verzweigt werden, diejenigen, die sich in der Beziehung möglicherweise man sich an die Arbeitgeber wenden, denn — die sehen es gern, daß ein Evangelischer Frauenverein gegründet wird. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 7000. Es mügten doch mehr sein, wenn jede Gruppe 13 Vorstandsdamen und mehr besteht. Die Bereitung der Agitation möglicherweise hauptsächlich durch die Mitglieder in den Betrieben von Mund zu Mund gehen werden, und da fehlt es an geeigneten Kräften. Dazu kommt, daß die Agitatoren des Vereins sehr hoch und Sport über sich ergehen lassen müssen. Die katholischen und sozialdemokratischen Gewerkschaften sind in dieser Beziehung bedeutend besser gestellt; dieselben verfügen über die nötigen geschulten Kräfte in und außer den Betrieben, doch sollte verzweigt werden, diejenigen, die sich in der Beziehung möglicherweise man sich an die Arbeitgeber wenden, denn — die sehen es gern, daß ein Evangelischer Frauenverein gegründet wird. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 7000. Es mügten doch mehr sein, wenn jede Gruppe 13 Vorstandsdamen und mehr besteht. Die Bereitung der Agitation möglicherweise hauptsächlich durch die Mitglieder in den Betrieben von Mund zu Mund gehen werden, und da fehlt es an geeigneten Kräften. Dazu kommt, daß die Agitatoren des Vereins sehr hoch und Sport über sich ergehen lassen müssen. Die katholischen und sozialdemokratischen Gewerkschaften sind in dieser Beziehung bedeutend besser gestellt; dieselben verfügen über die nötigen geschulten Kräfte in und außer den Betrieben, doch sollte verzweigt werden, diejenigen, die sich in der Beziehung möglicherweise man sich an die Arbeitgeber wenden, denn — die sehen es gern, daß ein Evangelischer Frauenverein gegründet wird. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 7000. Es mügten doch mehr sein, wenn jede Gruppe 13 Vorstandsdamen und mehr besteht. Die Bereitung der Agitation möglicherweise hauptsächlich durch die Mitglieder in den Betrieben von Mund zu Mund gehen werden, und da fehlt es an geeigneten Kräften. Dazu kommt, daß die Agitatoren des Vereins sehr hoch und Sport über sich ergehen lassen müssen. Die katholischen und sozialdemokratischen Gewerkschaften sind in dieser Beziehung bedeutend besser gestellt; dieselben verfügen über die nötigen geschulten Kräfte in und außer den Betrieben, doch sollte verzweigt werden, diejenigen, die sich in der Beziehung möglicherweise man sich an die Arbeitgeber wenden, denn — die sehen es gern, daß ein Evangelischer Frauenverein gegründet wird. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 7000. Es mügten doch mehr sein, wenn jede Gruppe 13 Vorstandsdamen und mehr besteht. Die Bereitung der Agitation möglicherweise hauptsächlich durch die Mitglieder in den Betrieben von Mund zu Mund gehen werden, und da fehlt es an geeigneten Kräften. Dazu kommt, daß die Agitatoren des Vereins sehr hoch und Sport über sich ergehen lassen müssen. Die katholischen und sozialdemokratischen Gewerkschaften sind in dieser Beziehung bedeutend besser gestellt; dieselben verfügen über die nötigen geschulten Kräfte in und außer den Betrieben, doch sollte verzweigt werden, diejenigen, die sich in der Beziehung möglicherweise man sich an die Arbeitgeber wenden, denn — die sehen es gern, daß ein Evangelischer Frauenverein gegründet wird. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 7000. Es mügten doch mehr sein, wenn jede Gruppe 13 Vorstandsdamen und mehr besteht. Die Bereitung der Agitation möglicherweise hauptsächlich durch die Mitglieder in den Betrieben von Mund zu Mund gehen werden, und da fehlt es an geeigneten Kräften. Dazu kommt, daß die Agitatoren des Vereins sehr hoch und Sport über sich ergehen lassen müssen. Die katholischen und sozialdemokratischen Gewerkschaften sind in dieser Beziehung bedeutend besser gestellt; dieselben verfügen über die nötigen geschulten Kräfte in und außer den Betrieben, doch sollte verzweigt werden, diejenigen, die sich in der Beziehung möglicherweise man sich an die Arbeitgeber wenden, denn — die sehen es gern, daß ein Evangelischer Frauenverein gegründet wird. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 7000. Es mügten doch mehr sein, wenn jede Gruppe 13 Vorstandsdamen und mehr besteht. Die Bereitung der Agitation möglicherweise hauptsächlich durch die Mitglieder in den Betrieben von Mund zu Mund gehen werden, und da fehlt es an geeigneten Kräften. Dazu kommt, daß die Agitatoren des Vereins sehr hoch und Sport über sich ergehen lassen müssen. Die katholischen und sozialdemokratischen Gewerkschaften sind in dieser Beziehung

gelommen, die Beiträge zu erhöhen. Auch sei die Streit- und Erwerbs-
förderung erhöht worden. Diese Änderung des Statutes sei von
der Delegierten fast einstimmig angenommen worden. Eine unangenehme
Debatte hätte sich über die Bezahlung von Kriegsanleihe entsponnen. Der
Gefäßvorsitzende hätte sich damit entuldigt, daß die Gelder ausbringend
anzusehen seien. Er hätte versprochen, in Zukunft keine Kriegsanleihe
zu zeichnen. In der Debatte erklärten sich die Verantwortlichen mit der
Beitrags erhöhung einverstanden. Die Bezahlung von Kriegsanleihe sowie
der Beurteil zum Bund "Vaterland und Freiheit" wurde von verschiedenen
Meistern sehr stark geradelt, und es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben,
daß unser Hauptvorstand jenseit wie die Generalkommission den Mit-
gliedern gegenüber eine andre Politik betreibt. Aus diesem Anlaß ging
folgende Resolution ein:

"Die heute, am 19. Februar, tagende Mitgliederversammlung nimmt
Kenntnis von den Verhandlungen des außerordentlichen Verbandsstages
zu Hannover 1917. Sie protestiert aufs schärfste gegen die Verwendung
von Verbands geldern zur Bezahlung von Kriegsanleihe; ferner spricht sie
ihre schärfsten Widersprüche gegen den Beiritt zum Bunde für Freiheit und
Vaterland aus. Die heutige Mitgliederversammlung der Zentralstelle Leipzig
des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes spricht ferner die Erwartung aus,
daß der Hauptvorstand sowie auch die Herren von der Generalkommission
bei ihren Einschätzungen sich mehr vom proletarischen Gefühl als von
nationalen Interessen leiten lassen."

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Weiter gab der
Vorsitzende bekannt, daß die Erhöhung der Beiträge am 1. April statt-
findet und die rückläufigen Beiträge bis dahin geregelt sein müssen, um
die Mitglieder vor Schaden zu bewahren. Die alten Wahlen müssen mit
Quartalsabschluß abgeschlossen werden. Die erhöhte Unterstützung wird ab
1. Oktober gewährt, womit sich die Mitglieder einverstanden erklären.

Magdeburg. Am Sonntag, dem 3. Februar, tagte unsre General-
versammlung, welche den Umständen nach gut besucht war. zunächst
wurde das Amtsentfernen der im Februar gekallten und am Ende verschobenen
Kollegen in der üblichen Weise geehrt. Sodann erklärte Kollege Groß-
kopf den Geschäfts- und Kostenbericht. Zu Anfang des Jahres hatten
wir uns mit dem Hilfsverein gegen zu beschäftigen. In mehreren Betriebs-
versammlungen wurde auf die Bedeutung dieses Gesetzes hingewiesen.
Die Frage der Arbeiterauschüsse spielte dabei eine überwiegende Rolle,
und es wurde auch erreicht, daß in verschiedenen Betrieben, in denen kein
Arbeiterausschuß bestand, ein solcher gewählt wurde. In diesen Betriebs-
versammlungen wurden auch die Lohnanträge erörtert und im Anschluß
hieran vielfach Lohnforderungen gestellt. Es sind dann in mehreren Be-
trieben Lohnverhandlungen geführt worden, und zwar in den Zündstoff-
fabriken, in der Rauhreuther Waschmaschinenfabrik, in den Zigaretten-
fabriken von Hauswaldt und in der Magdeburger Munitionsanstalt. Durch
diese Lohnverhandlungen ist erreicht worden, daß die Löhne insgesamt um
und 20 000 M. pro Woche erhöht worden sind. Es wurden auch in
mehreren Betrieben noch Lohnanträge vorgenommen, über
welche wir aber leider nicht berichten können, weil die Arbeiterschaft es
nicht für notwendig hielt, der Organisation davon Mitteilung zu geben.
Die Ergebnisse werden demnächst noch höher sein.

Die Mitgliederzahl hat sich im Laufe des Jahres um 487
erhöht. Sie betrug am Anfang des Jahres 2010 und am Ende des
Jahres 2497. Stellten wir die zum Heute eingezogenen 1772 Mitglieder
hinz, so würde ein Mitgliederbestand von 4269 vorhanden sein. Am
Anfang des Krieges war der Mitgliederbestand 3834. Leider müssen
davon 157 Kollegen, die gefallen oder infolge der Wirkungen des Krieges
geföhrt sind, im Abzug gebracht werden.

Die Kassenverhältnisse gestalteten sich folgendermaßen: Die Hauptstelle schloß in Einnahme und Aussgabe mit 41 833,80 M. ab.
An Unterstellungen lag ihrer Art wurden 19 999,15 M. verausgabt.
Aus der Vorratskasse wurden für diesen Zweck 4371 M. ausgegeben. Der
Hauptstelle kamen 14 745,53 M. zugeführt werden. Die Vorratskasse hat
einen Bestand von 22 262,18 M. ausgewiesen. In Betriebsstätten und
109 857 umgekehrt worden. Für die Revisionsberichtete Kollege
Tölli, daß wir die Kostenführungen in besserer Ordnung gehalten haben
und für den klassischen Ertragung beantragten. Die Versammlung stimmte
diesem Antrage zu.

Sodann erklärte Kollege Großkopf den Bericht vom Ver-
bandsstage. Es war notwendig geworden, einen Kriegsverbandstag
abzuhalten, um über eine Verherrlichung unserer Verbandskasse zu
beraten. Es wurde dann auch beschlossen, die Beiträge zu erhöhen, so
daß vom 1. April 1918 an die Beiträge für weibliche und jugendliche
Mitglieder 50 Pf. und für männliche Mitglieder 60 und 75 Pf. pro
Woche betragen. Das Einkunftsziel wurde von 50 Pf. auf 1 M. erhöht.
Auf die anderen Städte sind aber auch die Unterhaltungsprämie bedenklich
erhöht worden. Diese waren am 1. November 1918 in Kraft. Auch wurden
zwei neue Verherrlichungserhöhungen beschlossen. In dieser
ausgeführten Bericht wurde nun eine abhängige Prämie, welche damit ist
dass wir die Versammlung einstimmig mit den geplanten
Zielgruppen einverstanden erklärt. Sodann wurde noch beschlossen, die
Kostenförderung für weibliche und jugendliche Mitglieder um 5 Pf. und für
männliche Mitglieder um 10 Pf. pro Woche zu erhöhen.

Vom Vorsitzenden Hölzl wurde die Siedlungsnahme der han-
seatischen und des Hauseigentumverbandes den Herren gegenüber einer
weiteren Anzahl vorgetragen. Er empfahl, den vom Hausesigentumverband
ausgegebene Materialien unbedingt abzulehnen, denn nur so kann
man den Kostenzuschlag der Hansestadt wirklich eingeschränkt. Man
sollte es lieber um eine Rendite anstreben lassen und dann ander-
seitig das Materialvermögen anstreben. Nach der Materialverhandlung
und späteren Abrechnung mußte das Preis-Gütekonto sofort an-
genommen werden. Dazu sollte entschieden werden, ob das Vorzeichen des
Materialzuges berechtigt oder ungerecht ist. Mit einem Appell an die Ver-
treter, in Zukunft die Verhandlungen puntalisch und zählich zu
führen und für das Interesse unseres Verbandes zu sorgen, wurde die
Abrechnung geschlossen.

Gr.

Seitdem ist dieses Leben wieder in unserer Zunftstelle wieder
aufzugehen; haben wir doch im Monat Januar 28 Kassenzahmen zu
rechnen. Darunter befindet sich auch eine wichtige Spende, um alle
drei Betriebe und Verhandlungen Kollegen für meine Sache zu
stützen. In diesen Zeiten kann ich Ihnen nichts weiter als
dass der 2. Sitzung des Kollegen Städte den Rottung über-
reicht habe. Ich habe am Sonntag, dem 17. Februar, in Saarbrücken
die gesetzliche Versammlung unter Bahnhofshalle der Gutsche Kollege
Gutsche (Bürokrat) einen Bericht über die befreiten
Sitzungen und weitere Verhandlungen. Ich berichte er über die neuen
Sitzungen und den Verhandlungen in Saarbrücken, insbesondere über die
Ressortierung, was wichtig und wichtig für unsere Kollegen zu erkennen, dass
die alte Kasse nicht mehr deren Organisationssatz hat. Der Vortrag
wurde von der Versammlung mit Beifall abgestimmt. Nun erhalten
wir die Belege mit den Belegungen des Sachverständigen bezüglich
der Bezahlung einer Kriegsanleihe. Seine Sätze in einer Versammlung der Kollegen
der Kriegsanleihe für weitere Verhandlungen einzuführen, da es doch gilt,
in einer Kasse, der die Kasse nicht, einen gewissen und vornehm
den entsprechenden großen Lohn zu erhalten, da es doch in einem Kasse
nicht so sehr helfen kann. Hoffentlich werden ja die nächsten
Sitzungen mehr Erfolg haben.

Gesamtkontrollbericht: Dieses kleine Proletariat hat auch
in dieser Zeit viele Erfahrungen zum Beispiel gemacht. Sowohl in
der letzten als auch in der nächsten Zeit, in denen der Kriegsdienst zu liegen ist,
brachte uns diese Zeit einen Verlust von 167 Mitgliedern. Da jetzt
eine weitere Verlustezeit in den 10 bis 160 geplant. Da beide
der Zentralstelle mitgehen in der ersten Hälfte des Jahres zum Teil noch nicht
völlig verdeckt werden. Zum zweiten wurde jedoch der Kontrollbericht
der Kriegszeit befreit, und das kommt ja in der zweiten Hälfte des
Jahrs eine längere, der ältere einer entsprechenden Abrechnung befreit. Da
wurde das Schätzchen nicht auf Mitglieder, sondern 10 bis 160
der Schätzchen noch 623 Mitglieder, dann 168 mehr.
Zum dritten entsprechend 160 Mitglieder, davon 162 nicht ver-
deckt, welche noch 122 kein Mitglied. Sodann zu
der 1. und zweiten Kontrollbericht zu liegen, mit welche die Zahl
geringer ist als im Anfang des Jahres.

Die letzte Sitzung der Städte ist sehr interessant, da wir
uns die Kollegen aus der Zunftstelle, im vergangenen Jahr mehr als
mehr dazu zu machen, einen Antrag für eine erweiterte Lohn-
zusage. Da wir keinem Menschen, in dem es den Kollegen nicht möglich war,
einmal eine genügende Lohnzusage durchzusetzen, wurden über
verschiedene Ansichten geplaudert. Am Ende präsentierte die Kollegen der
Zentralstelle ihren Vorschlag. S. G. eine Lohnzusage von
25 Pfennig. Da diese Verhandlungen ein ausreichendes Resultat nicht

ergab wurde, wandten die Kollegen sich an den Schlichtungsausschuß
und erzielten dort eine Lohnzusage von 10 Prozent. Die Kollegen
der Zentralstelle, chemische Fabrik, erzielten im Frühjahr eine Erhöhung
der Leistungszusage um 10 Pf. pro Stunde für Männer und 7 Pf. für
Frauen und für Sonntags- und Überhundertarbeiten einen Zusatztag von
gleicher Höhe. Für Nachtschichtarbeiten wurde ein Extrazuschlag von 40 Pf.
pro Schicht bewilligt. Im Juli traten die Kollegen erneut an die Firma
mit Lohnforderungen heran. Erhielt wurde eine Erhöhung der Leistungszusage
um 5 Pf. und für Frauen um 3 Pf. die Stunde. Der Zusatztag
für Überhundert- und Sonntagsarbeit wurde um die gleichen Sätze er-
höht, desgleichen die Extravergütung für die Nachtschicht von 40 auf 50
Pfennig.

Die Kollegen der Chemischen Werke erzielten im Frühjahr eine
Leistungszusage von 75 Pf. pro Werktag. Im August traten auch
diese Kollegen erneut mit Forderungen an die Firma heran. Gefordert
wurde hier eine Lohnzusage von 10 Pf. die Stunde und Umwandlung
der Wertheitszusage in eine wöchentliche. Die Kollegen erzielten erneut
eine Leistungszusage von 10 Pf. pro Tag. Außerdem wurde die
vierjährige Zusage in eine tägliche umgewandelt, so daß die Leistungszusage
nun mehr 1,00 beträgt. Die Arbeiterschaft der Chemischen
Werke erzielte ebenfalls im Frühjahr bei der Firma Forderungen auf
Erhöhung der Löhne ein. Erhielt wurde eine Lohnzusage von 5 Pf. die
Stunde. Diese Kollegen ließen es leider an der nötigen Einigkeit und
Gleichheit scheitern.

Die heutige, am 19. Februar, tagende Mitgliederversammlung nimmt
Kenntnis von den Verhandlungen des außerordentlichen Verbandsstages
zu Hannover 1917. Sie protestiert aufs schärfste gegen die Verwendung
von Verbands geldern zur Bezahlung von Kriegsanleihe; ferner spricht sie
ihre schärfsten Widersprüche gegen den Beiritt zum Bunde für Freiheit und
Vaterland aus. Die heutige Mitgliederversammlung der Zentralstelle Leipzig
des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes spricht ferner die Erwartung aus,
daß der Hauptvorstand sowie auch die Herren von der Generalkommission
bei ihren Einschätzungen sich mehr vom proletarischen Gefühl als von
nationalen Interessen leiten lassen.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Weiter gab der
Vorsitzende bekannt, daß die Erhöhung der Beiträge am 1. April statt-
findet und die rückläufigen Beiträge bis dahin geregelt sein müssen, um
die Mitglieder vor Schaden zu bewahren. Die alten Wahlen müssen mit
Quartalsabschluß abgeschlossen werden. Die erhöhte Unterstützung wird ab
1. Oktober gewährt, womit sich die Mitglieder einverstanden erklären.

Magdeburg. Am Sonntag, dem 3. Februar, tagte unsre General-
versammlung, welche den Umständen nach gut besucht war. zunächst
wurde das Amtsentfernen der im Februar gekallten und am Ende verschobenen
Kollegen in der üblichen Weise geehrt. Sodann erklärte Kollege Groß-
kopf den Geschäfts- und Kostenbericht. Zu Anfang des Jahres hatten
wir uns mit dem Hilfsverein gegen zu beschäftigen. In mehreren Betriebs-
versammlungen wurde auf die Bedeutung dieses Gesetzes hingewiesen.
Die Frage der Arbeiterauschüsse spielte dabei eine überwiegende Rolle,
und es wurde auch erreicht, daß in verschiedenen Betrieben, in denen kein
Arbeiterausschuß bestand, ein solcher gewählt wurde. In diesen Betriebs-
versammlungen wurden auch die Lohnanträge erörtert und im Anschluß
hieran vielfach Lohnforderungen gestellt. Es sind dann in mehreren Be-
trieben Lohnverhandlungen geführt worden, und zwar in den Zündstoff-
fabriken, in der Rauhreuther Waschmaschinenfabrik, in den Zigaretten-
fabriken von Hauswaldt und in der Magdeburger Munitionsanstalt. Durch
diese Lohnverhandlungen ist erreicht worden, daß die Löhne insgesamt um
und 20 000 M. pro Woche erhöht worden sind. Es wurden auch in
mehreren Betrieben noch Lohnanträge vorgenommen, über
welche wir aber leider nicht berichten können, weil die Arbeiterschaft es
nicht für notwendig hielt, der Organisation davon Mitteilung zu geben.
Die Ergebnisse werden demnächst noch höher sein.

Die Mitgliederzahl hat sich im Laufe des Jahres um 487
erhöht. Sie betrug am Anfang des Jahres 2010 und am Ende des
Jahres 2497. Stellten wir die zum Heute eingezogenen 1772 Mitglieder
hinz, so würde ein Mitgliederbestand von 4269 vorhanden sein. Am
Anfang des Krieges war der Mitgliederbestand 3834. Leider müssen
davon 157 Kollegen, die gefallen oder infolge der Wirkungen des Krieges
geföhrt sind, im Abzug gebracht werden.

Dann mit dem Vorsitzenden Großkopf wurde die Lohnzusage
um 10 Pf. pro Woche erhöht.

Kundschau. Bormärkischer Wohnungsreform.

Daß wir auch im Wohnungsbereich sehr harten Zeiten entgegen-
gehen, ist leider sicher. Aber es scheint, daß uns, wie auf so vielen Ge-
bieten, so auch hier, gerade die Vorwürfe treten zu großer Ver-
antwortung, die wenigstens allmählich eine starke Besserung erzielen
wollen, denn ein starker Vorwurf der Wohnungsreform ist zur Zeit un-
vermeidbar. Das preußische Wohnungsgesetz, das am 9. März vom
Reichstag endgültig verabschiedet wurde, bringt in seiner neuesten
Fassung eine Reihe recht bemerkenswerter Fortschritte. An zahlreichen
Orten röhren sich die Gemeinden; insbesondere sucht man durch Grün-
dung kommunaler Wohnungssammler sich für die kommenden Aufgaben zu
rappieren. In einem großen Teile Deutschlands sind jener jetzt große
gemeinnützige Siedlungsgesellschaften gegründet worden oder in der
Bildung begriffen, um die praktische Siedlungsfähigkeit in die Hand zu
nehmen. Vor allem aber ist auch in finanzieller Beziehung in die bis-
herige grundsätzlich ablehnende Haltung des Staates eine Weise ge-
tragen. Zugleich beim preußischen Wohnungsgesetz sich der preußische
Staat bereit erklärt hat, staatliche Mittel auch für die Befriedigung des
allgemeinen Wohnungsbedarfs, nicht bloß für den Besitz der
staatlichen Arbeitnehmer, Angehörigen und Beamten einzustellen, hat
neuerdings auch der Kanzler von Bayern in seiner Erklärung am 25. Fe-
bruar die gelehrte Bereitwilligkeit auch für das Reich erklärt. Nach seinen
Widmungen ist das Reich nunmehr bereit, die Einzelheiten und Ge-
meinden den Verteilungen zur Bekämpfung der Wohnungsnot auf
nicht bloß organisatorisch, sondern auch finanziell zu unterstützen. Das
ist ein jetzt beispielhaftes Vorrecht in dieser Beziehung.

Außerdem ist die Arbeiterschaft in Büschen selbstverständlich auch nicht. Als das Hilfsdienstgefecht einen sozialen vor-
schreibt, half man sich einfach so, daß man die Mitglieder des Ortsräte-
taus-Ausschusses als Arbeiterausstecher bestellte, trotzdem dieser Ausschuss
nicht etwa von den Arbeitern der Fabrik, sondern von allen Mitgliedern
der Gemeinde-Ortsräte-Kasse gewählt war. Vorsitzender dieses so-
genannten Arbeiterausstechers wurde dann der Bruder des Vermüters,
der als Meister im Betrieb tätig ist. Offensichtlich wird die Gewerbe-
inspektion, die wir angehören haben, dafür Sorge tragen, daß nun endlich
ein gezwungener Arbeiterausstecher für die Fabrik errichtet wird und die
Arbeiter durch diesen ihre Rechte vertreten, lassen können.

Außerdem ist die Arbeiterschaft in Büschen richtig, wir aber die Aussicht
nun erst recht, trotz Unvermögen und Kirche treu und fest zum Verbande zu
halten. Gerade deren Beziehen, die Arbeitern von der Organisation
abzuschreben, muß ihnen zeigen, daß sie auf dem richtigen Wege sind und
daß eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage nur durch den Zusammen-
schluß aller Arbeiter zu erreichen ist. Nur Einigkeit führt zum Ziel!

Rundschau.

Bormärkischer Wohnungsreform.

Daß wir auch im Wohnungsbereich sehr harten Zeiten entgegen-
gehen, ist leider sicher. Aber es scheint, daß uns, wie auf so vielen Ge-
bieten, so auch hier, gerade die Vorwürfe treten zu großer Ver-
antwortung, die wenigstens allmählich eine starke Besserung erzielen
wollen, denn ein starker Vorwurf der Wohnungsreform ist zur Zeit un-
vermeidbar. Das preußische Wohnungsgesetz, das am 9. März vom
Reichstag endgültig verabschiedet wurde, bringt in seiner neuesten
Fassung eine Reihe recht bemerkenswerter Fortschritte. An zahlreichen
Orten röhren sich die Gemeinden; insbesondere sucht man durch Grün-
dung kommunaler Wohnungssammler sich für die kommenden Aufgaben zu
rappieren. In einem großen Teile Deutschlands sind jener jetzt große
gemeinnützige Siedlungsgesellschaften gegründet worden oder in der
Bildung begriffen, um die praktische Siedlungsfähigkeit in die Hand zu
nehmen. Vor allem aber ist auch in finanzieller Beziehung in die bis-
herige grundsätzlich ablehnende Haltung des Staates eine Weise ge-
tragen. Zugleich beim preußischen Wohnungsgesetz sich der preußische
Staat bereit erklärt hat, staatliche Mittel auch für die Befriedigung des
allgemeinen Wohnungsbedarfs, nicht bloß für den Besitz der
staatlichen Arbeitnehmer, Angehörigen und Beamten einzustellen, hat
neuerdings auch der Kanzler von Bayern in seiner Erklärung am 25. Fe-
bruar die gelehrte Bereitwilligkeit auch für das Reich erklärt. Nach seinen
Widmungen ist das Reich nunmehr bereit, die Einzelheiten und Ge-
meinden den Verteilungen zur Bekämpfung der Wohnungsnot auf
nicht bloß organisatorisch, sondern auch finanziell zu unterstützen. Das
ist ein jetzt beispielhaftes Vorrecht in dieser Beziehung.

Höchst einfach!

Die Gemeindevorsteher, die den grausamsten Mithbürgern, die mehr
Staatsmittel verbraucht haben als ihnen eigentlich erlaubt ist, einfach den
Vorrat der Borräte wegzunehmen wollen, werden noch übertrumpft durch die
Firma Meinherr u. Fröhne, A.-G., in Borsdorf, die ihren Arbeitern auf
die Förderung einer Lohnzusage mitteilt:

Zu bitten, die Förderung einer Lohnzusage begründenden Aus-
führungen vom 3. November 1917: "Je länger der Krieg dauert, desto
mehr müssen die Lebensmittel und Bedarfsartikel zur Verjugung, um
so hoher liegen die Preise dafür, ist zu bemerken, daß gerade die
„Napoleon“ und die Bismarck eine starke Befreiung der Lebensmittel und
Bedarfsartikel auch wieder durch die Bevölkerung, die sich
durch jeder außerlegen muß, die Leitung nicht in solchen
Weise zu führen ist, wie man aus einem rein außernationalen
Vergleich der Warenpreise vor und während des Krieges annehmen
sollte."

Hoffentlich macht die Aussicht der Firma nicht Schule. Sonst er-
leben wir es leichtlich noch, daß die Unternehmer nicht nur das Fort-
setzen der Zwangsstationierung, sondern auch noch längdtere Ver-
wezung der Rationen fordern, nur um die Kosten der Lebenshaltung und
damit den Arbeitslohn zu drücken.

Verbandsnachrichten.

Vom 5. März 1918 an gingen bei der Hauptstelle folgende Verträge
ein:

B. 325. Dresden 1615,05. Pforzheim 122,28. Lohr i. B. 13.—
Geesthacht 500.—Reutlingen 22,56. Oldenburg i. Gr. 600.—
Höchstädt i. B. 400.—Bisig 200.—Neumarkt i. Sch. 100.—
Straubing 300.—Nürnberg 17,50. Jena 700.—Uelzen 500.—
Blankenberg a. d. S. 400.—Weiden 125.—Eisenberg (S.A.) 3,25.

In Sicherungsbeiträgen gingen ein:

Zwickau 10.—

Schön: Montag, den 11. März, mittags 12 Uhr.

Fr